

Für Sie im Bundestag



Bundesminister Alexander Dobrindt übergibt Landrat Stephan Loge und Jana Schimke MdB den Förderbescheid für die Planung des Breitbandausbaus in Dahme-Spreewald. Foto: BM für Verkehr und digitale Infrastruktur

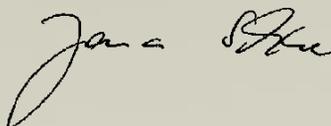
Liebe Leserinnen und Leser,

gerne möchte ich Sie heute wieder über Aktuelles aus dem Bundestag und dem Wahlkreis informieren. Besonders gefreut habe ich mich über die Fördermittelzusage des Bundes an den Landkreis Dahme-Spreewald für die Planung des flächendeckenden Breitbandausbaus. Jetzt kommt es darauf an, dass auch andere Regionen in Brandenburg diese Chance nutzen, denn schnelles Internet ist heute ein wichtiger Standortfaktor für die Entwicklung unserer Kommunen. Mehr dazu erfahren Sie auf Seite 7.

Um das Internet geht es auch in der Medienkompetenz-Initiative „erlebe IT“ des Digitalverbandes Bitkom. Verschiedene Schulen im Wahlkreis profitieren derzeit von dem Beratungsangebot, das sich an Schüler, Eltern und Lehrer richtet und über den richtigen Umgang mit dem Internet und sozialen Netzwerken aufklärt. Auf Seite 14 finden Sie den Bericht zur Auftaktveranstaltung am 3. März 2016 in Lübben.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen

Ihre



„Ein Berufsabschluss ist nichts, worum man gebeten werden muss“

Der Deutsche Bundestag debattierte am 14. April 2016 den Gesetzentwurf zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und der Arbeitslosenversicherung in erster Lesung. Trotz der guten Arbeitsmarktlage gibt es immer noch Menschen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt schwer fällt. „Bildung ist hierfür der Schlüssel“, so Jana Schimke. Gerade die Bildung ermöglicht eine kontinuierliche Erwerbsbiografie und trägt so auch entscheidend zur Absicherung im Alter bei. Der vorliegende Gesetzesentwurf setzt sich unter anderem für

die gezielte Förderung von Grundkompetenzen, wie Lesen, Schreiben oder den Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien ein, um den Weg aus der Arbeitslosigkeit zu ebnen. Zeitgleich werden insbesondere kleine und mittelständische Betriebe unterstützt, sich aktiv an den Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zu beteiligen und so die Stärkung der beruflichen Weiterbildung voranzutreiben.

Kritisch sieht Jana Schimke die Pläne, eine sogenannte Weiterbildungsprämie einzuführen. „Das Ziel, einen Berufsabschluss zu erzielen und ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen ist nichts, worum man gebeten werden muss, sondern eine Selbstverständlichkeit“, so die Bundestagsabgeordnete. Daher sei die Prämie als Belohnung für eine Leistung, die ebenso durch Eigenverantwortung erzielt werden kann, ein falsches Signal.



Klausur der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker



Am 20. April 2016 traf sich die Arbeitsgruppe für Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Schloss Friedrichsfelde in Berlin zur jährlichen Klausurtagung. Zu Gast war auch Kanzleramtsminister Peter Altmaier. Der gemeinsame Austausch bezog sich auf die kommenden Vorhaben dieser Legislatur wie zum Beispiel der Abbau bürokratischer Hemmnisse beim Mindestlohn, die Einführung der Flexi-Rente oder auch Änderungen im Bereich der Zeitarbeit.

Weitere Entscheidungen für eine zeitgemäße Asylpolitik

Im Rahmen der Flüchtlingspolitik setzt die Bundesregierung ihre Maßnahmen fort, um die Flüchtlingszahlen dauerhaft zu reduzieren, Fehlanreize zu beseitigen, die Integration zu verbessern sowie Länder und Kommunen finanziell zu entlasten.

Das im November 2015 verabschiedete „**Asylpaket I**“ zeigt Wirkung:

- Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten beim BAMF werden von 7,2 auf 5,2 Monate reduziert.
- Die Zahl der Abschiebungen wurde verdoppelt.
- Durch die Einstufung von Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten gingen die Zugangszahlen vom Balkan auf fast Null zurück.

Auch in den letzten Monaten haben Bundesregierung und Bundestag weitere Gesetzesänderungen für eine bessere Asyl- und Flüchtlingspolitik beschlossen. Dazu zählen unter anderem:

Datenaustauschverbesserungsgesetz

- Vereinfachung und Beschleunigung der Registrierung ankommender Flüchtlinge
- Einführung eines einheitlichen fälschungssicheren Ausweises
- Schaffung einer größeren und einheitlichen Datenbank für eine lückenlose Registrierung

Asylpaket II

- dreiwöchige Schnellverfahren für Flüchtlinge mit geringer Aussicht auf Asyl
- Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige für zwei Jahre
- Errichtung von zentralen Registrierungszentren
- Verschärfung von Abschiebehindernissen bspw. bei Kranken

Straffällige Ausländer und Asylbewerber werden künftig schneller ausgewiesen.

Europäische und internationale Vereinbarungen

- Rücknahmeabkommen mit sicheren Herkunftsstaaten Marokko, Algerien und Tunesien
- Vereinbarung zur Bekämpfung der Schleuser-Kriminalität mit der Türkei

Auch für eine bessere Integration der Flüchtlinge mit Asylstatus wird derzeit ein Integrationsgesetz erarbeitet, welches auf das Prinzip „Fördern und Fordern“ ausgerichtet ist. Die wesentlichen Kernthemen des Gesetzes sind:

- die Schaffung von 100.000 Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlingen mit Bleibeperspektive,
- ein verbessertes und größeres Integrationskursangebot,
- die Verpflichtung zur Teilnahme an Integrationskursen und -maßnahmen für Asylberechtigte sowie Sanktionierung bei Missachtung,
- ein besserer und unbürokratischer Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Ausbildungsförderung und
- die Einführung einer Wohnsitzauflage mit Sanktionen bei Missachtung.

Beschluss der CDU Brandenburg zur Rentenangleichung

Für den im Koalitionsvertrag avisierten Angleichungsprozess im Rentenrecht zwischen Ost und West fordert die CDU Brandenburg, dass mit einem Rentenüberleitungsgesetz keine Schlechterstellung für ostdeutsche Rentner und Beitragszahler einhergehen darf. Die Anerkennung der Lebensleistung sei in einem verlässlichen Rahmen zu vollziehen und nicht durch das Beibehalten der derzeitigen rentenrechtlichen Regelungen in die ferne Zukunft zu schieben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales signalisierte vor kurzem das größte Rentenplus seit 1993. Die Altersbezüge steigen zum 1. Juli 2016 um 4,25 Prozent in Westdeutschland und sogar um 5,95 Prozent in Ostdeutschland. Die aktuelle Rentenerhöhung gilt als Beleg für den langfristigen Erfolg struktureller Reformen am Arbeitsmarkt und der damit verbundenen guten Lohnentwicklung.



Quelle: eyetronic - Fotalia

Die CDU als Partei der Deutschen Einheit steht zu ihrem Versprechen, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen des Landes zu schaffen. Der Unterschied in der Rentenberechnung spiegelt jedoch die immer noch vorhandenen Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung und damit bei den Löhnen und Gehältern in den neuen und alten Ländern wider.

Nach wie vor profitieren deshalb ostdeutsche Rentner vom Hochwertungsfaktor in der Rentenberechnung. Deshalb wird in 2016 zunächst geprüft, wie weit sich der Angleichungsprozess tatsächlich vollzogen hat. Erst auf dieser Grundlage soll entschieden werden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung möglich ist. Derzeit gibt es keinen Vorschlag für ein einheitliches Rentenrecht, der für die Deutsche Rentenversicherung finanzierbar und für die Beitragszahler in Ostdeutschland vorteilhaft wäre. Der Sozialbeirat ist beispielsweise in seinem Gutachten zum Rentenversicherungsbericht 2015 sogar zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Beibehalten der geltenden Regelungen sich als sinnvoller erweisen könnte als eine Reform.

Landesfachausschuss diskutiert Angleichung des Rentenrechts



Der LFA für Arbeitsmarkt und Soziales der CDU Brandenburg unter der Leitung von Jana Schimke tagte am 1. März 2016 zum zweiten Mal in Potsdam. Gast des Abends war Dr. Reinhold Thiede, Leiter des Geschäftsbereiches „Forschung und Entwicklung“ der Deutschen Rentenversicherung Bund, der in einem fundierten Vortrag die Ursachen für die Unterschiede im Rentenrecht in Ost und West erläuterte. Anschließend stellte Dr. Thiede verschiedene Modelle zur Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts vor und nahm dazu aus Sicht der Deutschen Rentenversicherung Stellung. Die Mitglieder forderten, dass eine künftige Regelung die Interessen der heutigen und künftigen ostdeutschen Rentnergeneration gleichermaßen berücksichtigen müsse.

Vorfreude auf ein Jahr USA



Sven-Fietje Becker mit PPP-Patin Jana Schimke MdB.

Im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programmes (PPP) übernimmt Jana Schimke in diesem Jahr die Patenschaft für den 16-jährigen Schüler Sven-Fietje Becker aus Jühnsdorf. Ab August wird Sven-Fietje für ein Jahr bei einer Gastfamilie in Idaho leben und dort zur Schule gehen. Im gemeinsamen Gespräch am 11. April 2016 in Berlin berichtete er, dass er gespannt sei, die Menschen, Orte und das Leben in Idaho kennenzulernen. Die Bundestagsabgeordnete wünscht ihm eine eindrucksvolle Zeit in den USA sowie zahlreiche Eindrücke und Erfahrungen.

Erfolgreiche Haushaltspolitik der Bundesregierung weiter fortgesetzt

Das Bundeskabinett hat am 23. März 2016 die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2017 und für den Finanzplan bis zum Jahr 2020 beschlossen. Die Bundesregierung setzt weiter auf eine konsequente haushaltspolitische Linie und legt nun zum dritten Mal in Folge eine Finanzplanung ohne Neuverschuldung vor. Das schafft Möglichkeiten für wichtige Investitionen.



Foto: picture-alliance / dpa

Die Schwerpunkte des Haushalts 2017 sind:

- Innere Sicherheit mit zusätzlichen 2,1 Mrd. € zur Stärkung der Sicherheitsbehörden und der Polizei
- Internationale Sicherheit mit zusätzlichen 10,2 Mrd. € zur Modernisierung der Bundeswehr
- Sozialer Wohnungsbau mit zusätzlichen 1,3 Mrd. € für Wohnbauprogramme und Städteentwicklung
- Aufstockung der Investitionen auf insgesamt 33,7 Mrd. €
- Erhöhung des Budgets für Bildung und Forschung auf insgesamt 22,6 Mrd. €

Auch aus finanz- und haushaltspolitischer Sicht stellt die Flüchtlingssituation Bund, Länder und Kommunen vor eine große Herausforderung. Dank des günstigen Haushaltsverlaufs 2015 konnte eine Rücklage von 12,1 Mrd. € gebildet werden, die zur Hälfte für die Asylpolitik verwendet wird. Die Bundesregierung hat mit diesen Mitteln ihre Integrationspolitik bedarfsgerecht gestärkt, unter anderem mit zusätzlichen Sprachkursen, Betreuungsangeboten und Unterbringungsmöglichkeiten. Gleichzeitig entlastet der Bund die Länder und Kommunen, indem er sich strukturell und dynamisch an den Asylokosten beteiligt. Diese Ausgaben gehen einher mit den zeitgleichen asylpolitischen Maßnahmen zur Reduzierung der Flüchtlingszahlen und der Bekämpfung der Fluchtursachen.

Dahme-Spreewald profitiert von Milliardenförderprogramm des Bundes – Jana Schimke und Landrat Stephan Loge nehmen Förderbescheid entgegen

Dank des Bundesförderprogramms für den Breitbandausbau von mindestens 50 Mbit pro Sekunde erhält der Landkreis Dahme-Spreewald eine erste Förderung. Jana Schimke und Landrat Stephan Loge nahmen am 14. März 2016 den Förderbescheid in Höhe von 50.000 Euro von Bundesminister Alexander Dobrindt im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur entgegen. Die Förderung dient zunächst dem Zweck, Ausbauprojekte für schnelles Internet zu planen und Antragsunterlagen für eine Bundesförderung dieser Projekte zu erstellen.



Bundesminister Alexander Dobrindt überreicht den Förderbescheid an Landrat Stephan Loge und der für die Region zuständigen Bundestagsabgeordneten.
Foto: BM für Verkehr und digitale Infrastruktur

„Ich freue mich über das Engagement des Landkreises Dahme-Spreewald, sich für eine Förderung zu bewerben und über die breite Unterstützung im Kreistag, der dem Breitbandausbau kürzlich zugestimmt hat. Unser Ziel ist, schnelles Internet flächendeckend zu gewährleisten, nicht nur für den heimischen Gebrauch. Auch für unsere lokale Wirtschaft ist die Internetversorgung inzwischen zu einer existenziellen Frage geworden“, so Jana Schimke.

Seit Beginn des Förderprogramms am 18. November 2015 konnten bereits 230 Förderanträge von Kommunen und Landkreisen aus ganz Deutschland positiv beschieden werden. In einem zweiten Schritt vergibt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bis zu 15 Millionen Euro je Projekt, um die Umsetzung von Ausbauprojekten zu fördern. Hier wäre eine erneute Antragstellung erforderlich.

Mit dem Bundesförderprogramm wird der Netzausbau technologieutral gefördert. Der Fördersatz beträgt 50 bis 70 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Da das Bundesprogramm mit Förderprogrammen der Länder kombinierbar ist, kann der Förderanteil auf bis zu 90 Prozent gesteigert werden. Insgesamt stehen für die Breitbandförderung aus Bundesmitteln rund 2,7 Milliarden Euro bereit.



Foto: Arge GF-BT GbR

Senioren aus Trebbin besuchten am 15. Februar 2016 den Deutschen Bundestag. Nach einem Gespräch mit Jana Schimke wurde der Deutsche Bundestag sowie die Reichstagskuppel besichtigt. Anschließend wurde das 360° Panorama „Die Mauer“ des Künstlers Asisi zum geteilten Berlin angeschaut. Ein weiterer Höhepunkt der Fahrt war eine ausgiebige Stadtrundfahrt durch Berlin.

Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald e.V. erhält Förderpreis „Helfende Hand“



Jana Schimke lobt den Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald e.V. für sein unermüdliches Engagement.

Am 5. März 2016 traf sich der Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald zur Kreisdelegiertenversammlung in Groß Köris. Mit derzeit 3.373 Mitgliedern ist die freiwillige Feuerwehr in Dahme-Spreewald gut aufgestellt und Resultat unermüdlichen Engagements. Im Dezember vergangenen Jahres erhielt der Kreisfeuerwehrverband für sein Projekt „Fit und gesund im Einsatz“ den Förderpreis „Helfende Hand“ von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière. Jana Schimke gratulierte zu diesem Erfolg. Der Kreisfeuerwehrverband erzielte den 1. Platz in der Kategorie Innovative Projekte. „Fit und gesund im Einsatz“ ist ein Projekt, das allen Mitgliedern die Möglichkeit bietet, bei Kooperationspartnern zu günstigeren Konditionen ihren Körper fit und gesund zu halten.



Jana Schimke gemeinsam mit Roswitha Schier Mdl, Sigurd Heinze, Landrat Oberspreewald-Lausitz, Helmut Wenzel, Bürgermeister der Stadt Lübbenau/Spreewald und Martin Habermann, Fraktionsvorsitzender CDU Lübbenau beim Neujahrsempfang der CDU Lübbenau. Foto: J. Drewes

Mit Erfolg bestritt CDU-Kandidat Helmut Wenzel den Bürgermeisterwahlkampf in der Stadt Lübbenau/Spreewald. Mit 65,6 Prozent setzte er sich am 20. März 2016 gegen einen weiteren Kandidaten durch. Jana Schimke gratuliert Wenzel zur Wiederwahl und sagt ihm ihre Unterstützung zu. Mit dem zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Cottbus-Lübbenau und der Neugestaltung des Spreewaldsportparks gilt es, weitere wichtige Projekte für Lübbenau umzusetzen.

Jana Schimke dankt den Ehrenamtlichen der Diakonie Lübben

Am 27. Januar 2016 dankte das Diakonische Werk des Kirchenkreises Lübben 30 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Auch Jana Schimke war Gast des traditionellen Ehrenamtsempfanges und richtete ihren Dank an die freiwilligen Helfer. Für die Bundestagsabgeordnete ist ehrenamtliches Engagement nicht selbstverständlich.



Jana Schimke dankt den Ehrenamtlichen für ihr tatkräftiges Engagement.

„Unsere heutige Gesellschaft ist auf freiwillige Helfer angewiesen. Allein die aktuelle Flüchtlingssituation wäre ohne sie nicht zu bewältigen. Der Migrationsfachdienst und auch der Pflegebereich der Diakonie profitieren in hohen Maßen von den ehrenamtlichen Kräften. Für Ihre Hilfe gilt unser Dank“.

Am 2. Februar 1945 mussten bei der Auflösung des KZ-Nebenlagers Lieberose fast 2000 Häftlinge den Todesmarsch nach Sachsenhausen antreten. Viele von ihnen fanden dabei den Tod. Anlässlich des 71. Jahrestages des Kriegsendes gedachte Jana Schimke gemeinsam mit Bernd Boschan, Amtsdirektor von Lieberose/Oberspreewald, Astrid Burisch, Bürgermeisterin von Lieberose und weiteren Gästen den Opfern. Im Rahmen der Kranzniederlegung wurde eine Gedenktafel für den ehemaligen Insassen Basso Vanni enthüllt.



Gemeinsames Gedenken an die Opfer des Holocausts.



v.l.n.r. Jana Schimke MdB, Amtsdirektor Bernd Boschan und Astrid Burisch, Bürgermeisterin von Lieberose.



Fördervereinsvorsitzender Peter Kotzan zeigt Jana Schimke das Museum.

„Auch nach über 70 Jahren gedenken wir den Opfern des Holocausts. Es bleibt unsere Pflicht, uns immer wieder diese grauenhaften Verbrechen in Erinnerung zu rufen, damit sich so etwas nie mehr wiederholt. Ich bin daher auch für die Arbeit der Ehrenamtlichen hier vor Ort sehr dankbar“, so die Bundestagsabgeordnete.

Ein vom Verein eingerichtetes Museum Lieberose informiert anschaulich über die Geschichte und die Insassen des größten KZ-Nebenlagers auf deutschem Boden. Anlässlich des Jahrestages wird jährlich eine Sonderausstellung eröffnet. Dieses Jahr widmet sich diese den französischen Häftlingen.

Schaefflerwerk in Luckenwalde erweitert seine Produktpalette – Werksbesuch mit Bundesministerin Johanna Wanka



v.l.n.r. Ernst Nachtsheim (Werksleiter), Prof. Dr. Johanna Wanka (Bundesforschungsministerin), Dr. Peter Pleus (Vorstand Schaeffler), Jana Schimke MdB und Danny Eichelbaum MdL im Werk von Schaeffler.

Mit einem symbolischen Knopfdruck wurde am 4. Februar 2016 am Schaeffler-Standort Luckenwalde der Produktionsstart des neuen Produkts „Rollenstößel“ gestartet. Werksleiter Ernst Nachtsheim und Vorstandsmitglied Prof. Dr. Peter Pleus führten die Gäste durch das Werk und stellten das neue Produkt vor.

Bundesministerin Johanna Wanka verwies in ihrer Ansprache darauf, dass jede neue Wissenschaftlergeneration auf den Erkenntnissen der Vorjahre und -jahrzehnte aufbaue. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sei dieser Nachhaltigkeit seit Langem verpflichtet und fördere langfristig Forschungsinfrastrukturen. Jana Schimke sagte: „Forschung und Innovation sind auch Garant für Arbeitsplätze. Mit der Produktion des Rollenstößels führt Schaeffler die positive Entwicklung am Standort Luckenwalde fort.“



Gemeinsam mit Bundesministerin Wanka besichtigt Schimke die Produktion des Rollenstößels.

Seit 1992 stellt der Automobilzulieferer Schaeffler am Standort Luckenwalde verschiedene Bauteile für Motoren her und beschäftigt circa 450 Mitarbeiter. Mit dem Beginn der Produktion des Rollenstößels wird die Produktionspalette erweitert. Das aus drei Komponenten bestehende Motorteil wurde am Standort Luckenwalde mitentwickelt und wird in neuen kraftstoffsparenden und CO²-schonenderen Diesel-Hochdruckpumpen der neuesten Generation eingebaut.

Um die Zukunft der Feuerwache Dahme/Mark ging es beim Ortstermin mit Amtsdirektor Frank Pätzig und Ortswehrführer Karsten Schmidt am 4. Februar 2016 in Dahme. So befindet sich die Freiwillige Feuerwehr seit Herbst 2015 in den neu errichteten Räumlichkeiten. Das für 1,6 Millionen Euro errichtete Gebäude stemmte die Kommune allein und bietet genug Platz für Einsatzwagen, Umkleiden und Schulungsräume.



Jana Schimke und Karsten Schmidt in dem kindgerecht gestalteten Schulungsraum für die Kinderfeuerwehr und die AG Brandschutz.

„Mit dem neuen und modernen Feuerwehrhaus schafft Dahme gute Voraussetzungen für die Aufgabenbewältigung der Kameraden. Auch die eigens für die Jugendfeuerwehr geschaffenen Umkleiden und Schulungsräume sind ein Baustein für die Nachwachsgewinnung“, so die Bundestagsabgeordnete.

Auch die Grundschule Dahme unterstützt die Jugendarbeit der Feuerwehr. Seit mehr als zwei Jahren nehmen Kinder an der Arbeitsgemeinschaft Brandschutz sowohl in den Räumen der Schule, als auch in der neugebauten Feuerwache teil.



Die Kinder präsentieren verschiedene Feuerwehrknoten.

„Die Grundschule Dahme bietet ein breites Spektrum an Nachmittagsaktivitäten. Neben musischen, handwerklichen und bildenden Arbeitsgemeinschaften wird den Kindern auch der Brandschutz nähergebracht. Die engagierten ehrenamtlichen Helfer leisten dabei einen hervorragenden Beitrag“, so Jana Schimke.

Besuch der Gemeinschaftsunterkünfte in Dahme-Spreewald mit Vertretern des DRK

Gemeinsam mit dem Präsidenten Dietmar Bacher und dem Vorsitzenden Harald-Albert Swik des DRK Kreisverbandes Fläming Spreewald e.V. besuchte Jana Schimke am 9. Februar 2016 die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Luckau sowie den Wohnungsverbund im Golßener Ortsteil Zützen.



Die Gemeinschaftsunterkunft in Luckau wird als dauerhafte Einrichtung vom Landkreis Dahme-Spreewald genutzt.



Jana Schimke erkundigt sich vor Ort nach dem Angebot der Eltern-Kind-Gruppe.

Während eines Rundganges durch den sanierten Objektteil der ehemaligen Luckauer Förderschule verschaffte sich die Bundestagsabgeordnete einen umfassenden Einblick in die Wohnsituation der bereits aufgenommenen Asylbewerber. Gut angenommen wird u.a. die Eltern-Kind-Gruppe im Wohnverbund Zützen, die das Miteinander sowie grundlegende Verhaltensregeln stärkt. Der Schlüssel zur Integration ist nach wie vor die deutsche Sprache. Sie ebnet den Weg in die Arbeitswelt und ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für ein gesellschaftliches Miteinander.



In Gesprächen mit Sozialarbeitern des DRK Fläming Spreewald e.V. werden Investitionen, Fortschritte sowie die Handhabung der Flüchtlingssituation vor Ort erörtert.

Das Deutsche Rote Kreuz betreibt in Brandenburg neben den Erstaufnahmeeinrichtungen eine Vielzahl an Asylbewerberunterkünften und Wohnungsverbänden. Um den Anforderungen gerecht zu werden, wurden zahlreiche Neueinstellungen unternommen und auch Langzeitarbeitslosen eine neue berufliche Perspektive ermöglicht.

Medienkompetenz-Initiative „erlebe IT“ an Brandenburger Schulen gestartet

Als Schirmherrin der Medienkompetenz-Initiative „erlebe IT“ begrüßte Jana Schimke die Lehrkräfte der Spreewald-Schule zur Fortbildung über die Gefahren im Internet am 3. März 2016 in Lübben. Durch die Bundestagsabgeordnete wurde das Projekt im Wahlkreis beworben und fand regen Anklang. Zahlreiche Schulen meldeten sich für die angebotene Fortbildungsreihe des Digitalverbandes Bitkom für Schüler, Lehrer und Eltern an. Weitere Stationen der Initiative werden u.a. das Paul-Gerhardt-Gymnasium in Lübben (Spreewald), die Seeschule Rangsdorf und die Grundschule in Mittenwalde sowie in Schulzendorf sein.



Als Schirmherrin begleitete Jana Schimke den Auftakt der ausschließlich über private Sponsoren finanzierten Medienkompetenz-Initiative in der Spreewald-Schule Lübben.

„‘Social networks‘ sind heutzutage gerade für die jüngere Generation eine Selbstverständlichkeit und bieten einen neuen Kommunikationsraum. Aber auch Gefahren, wie Internetkriminalität und Cyber-Mobbing, können daraus hervorgehen. Medienkompetenz ist nicht nur wichtig, um übermäßigen Konsum vorzubeugen, sondern hilft auch, problematische Inhalte zu erkennen. Deshalb unterstütze ich die Medienkompetenz-Initiative „erlebe IT“, die sich der Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Internet widmet“, so Jana Schimke.

Mit der Veranstaltung in Lübben startete ein umfangreiches Informationsangebot zum Thema Medienkompetenz. Lehrer, Eltern und Schüler konnten sich informieren, worauf man bei der Nutzung des Internets besonders achten sollte. Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 wurden zu Medienscouts ernannt und hatten den Auftrag, das erworbene Wissen in Informationsveranstaltungen an ihre Mitschülerinnen und Mitschüler weiterzugeben. Hierbei werden sie durch die Schule aktiv unterstützt, indem entsprechende Unterrichtszeiten zur Verfügung gestellt werden.

Auf Initiative der Bundestagsabgeordneten Jana Schimke präsentierte der Deutsche Bundestag die Wanderausstellung „Der Bundestag stellt sich vor“ vom 7. bis zum 11. März 2016 in der Kreisstadt Luckenwalde. Mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und der Region sowie musikalischer Begleitung der Kreismusikschule Teltow-Fläming eröffnete Jana Schimke gemeinsam mit Schulleiterin Ines Schwerdt die Ausstellung im Foyer der Friedrich-Ludwig-Jahn Oberschule.

„Ich freue mich, die Wanderausstellung bereits zum zweiten Mal in meinem Wahlkreis zu präsentieren. Mein Ziel ist es, mit der Ausstellung insbesondere junge Menschen für Politik zu begeistern“, so die Bundestagsabgeordnete.



Mit 20 Schautafeln, zwei Computerterminals und multimedialen Anwendungen präsentiert sich die Wanderausstellung des Deutschen Bundestags.



Gemeinsam mit der Schulleiterin, Frau Ines Schwerdt, eröffnet Jana Schimke die Wanderausstellung. Rechts im Bild ist Herr Thomas Berger, Bürgermeister der Stadt Trebbin, zu sehen.

Workshop entwickelt Ideen für die Zukunft der Flughafenregion



v.l.n.r. Bertil Haak (Dekan TH Wildau), Jonathan Barr (OECD), Dierk Homeyer MdL, Jana Schimke MdB, Michaela Mighnagi, Udo Haase (Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld) und Dr. Lutz Franzke (Bürgermeister der Stadt Königs Wusterhausen).

Am 21. März 2016 fand auf dem Gelände des neuen Flughafens im Airport-Center ein Workshop der OECD zur Entwicklung der Flughafenregion statt. Ziel des Projektes „Boosting job creation in airport region BER“ ist es, Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für die kommenden wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen der Flughafenregion zu entwickeln.

Tag der offenen Tür an der der Volkshochschule Dahme-Spreewald

Als Botschafterin des Naturparks Dahme-Heideseen eröffnete Jana Schimke am 14. Februar 2016 die Foto-Ausstellung „Heimat im Wandel“ in der Volkshochschule Dahme-Spreewald. Im Wettbewerb waren die Teilnehmer aufgerufen, alte und neue Ansichten ihnen bekannter Orte in der Region einzusenden und mit einem kurzen Text die Veränderung und ihre persönliche Verbindung mit dem Ort zu dokumentieren. Den ersten Platz im Wettbewerb belegten Siegrid Magnus und Wolfgang Krüger für ihre Fotobeiträge aus Senzig und Zeesen.

„Unsere Region unterliegt einem stetigen Wandel, gerade in den letzten 25 Jahren. Die Ausstellung dokumentiert diesen Wandel, zeigt aber auch auf, wie wichtig die Pflege unserer Kulturlandschaft ist. Ich freue mich über die vielfältige Bereitschaft zur Teilnahme am Foto-Wettbewerb. Erst das Engagement der Wettbewerber ermöglichte die Präsentation im Rahmen der Ausstellung“, so Jana Schimke.



(v.r.) Volkshochschulleiter Serge Lacombe und Jana Schimke zusammen mit den Prämierten des Foto-Wettbewerbs.

Jana Schimke besucht Firma Knösels in Kasel-Golzig



Besichtigung der Lagerhalle und Sortieranlage.

Am 8. März 2016 besuchte Jana Schimke die Knösels Gemüse-Erzeugung GmbH in Kasel-Golzig. Im Gespräch mit den Brüden Knösels, den Gemüsebauern Heinz-Peter Frehn und Reinhard Mich sowie Dr. Andreas Jende vom Gartenbauverband diskutierte Jana Schimke über die Herausforderungen in der Branche durch die Einführung des Mindestlohns. Durch den internationalen Wettbewerb sowie den Markt- und Preisdruck können die gestiegenen Personalkosten nicht kompensiert werden. Jana Schimke prüft derzeit Möglichkeiten zur Bürokratiebewältigung bei der Beschäftigung von Saisonarbeitnehmern.

Besuch der ITB Berlin - Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald stellen sich vor

Die Internationale Tourismusbörse Berlin (ITB) als weltweitgrößte Tourismusmesse lockt mit ihren 10.000 Ausstellern aus 187 Ländern jährlich 200.000 Besucher an. Am 11. März 2016 besuchte Jana Schimke die Börse und tauschte sich mit den Ausstellern des Landkreises Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming aus.



Brandenburg ist eine Reise wert.

„Unsere Region bietet ein breites Spektrum an touristischen und sportlichen Freizeitmöglichkeiten. Die Auszeichnung der Flaeming-Skate mit dem Tourismuspreis des Landes Brandenburg ist ein Beleg dafür. Jährlich wird Brandenburg mit seinen Regionen auf der ITB hervorragend präsentiert. Als Naturbotschafterin freut mich besonders die gelungene Werbung für unseren Naturpark Dahme-Heideseen“, so Jana Schimke.



Jana Schimke gemeinsam mit Juliane Frank vom Tourismusverband Dahme-Seenland.

Die Flaeming-Skate des Landkreises Teltow-Fläming wurde am 11. März 2016 mit dem Tourismuspreis des Landes Brandenburg 2016 in der Kategorie „Freizeit“ ausgezeichnet.



Jana Schimke am Stand der Fläming-Skate auf der ITB.

Aktive Frauenpower im Kreisfeuerwehrverband Dahme-Spreewald

Die Frauen des Kreisfeuerwehrverbandes Dahme-Spreewald begrüßten Jana Schimke zur Sitzung des Fachausschusses „Frauen“ am 19. April 2016 in Groß Körös. Mit der Leiterin Beatrice Jüngling und weiteren Mitgliedern sprach Jana Schimke über die Arbeit der Frauen in einem von überwiegend männlichen Kollegen geprägten Umfeld. Die Frauen zeigten auch die Herausforderungen auf, die sich in ihrer Rolle als Mütter ergeben. Gemeinsam im Team erarbeiten sie Konzepte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt.

Jana Schimke sagte: „Mit dem Fachausschuss Frauen widmet sich der Kreisfeuerwehrverband zentralen Zukunftsthemen. Es ist eine großartige Idee, den Frauen auf diese Weise eine gewichtige Stimme zu verleihen und sie willkommen zu heißen“.



Der Fachausschuss „Frauen“ berichtet der Bundestagsabgeordneten über aktuelle Vorhaben und Herausforderungen.



Quelle: KfV Dahme-Spreewald e.V.

Weiteres Thema des Abends war auch die Integrations- und Bildungsarbeit in Flüchtlingsheimen. Gemeinsam mit Polizei und Rettungsdienst betreut der Kreisfeuerwehrverband das Projekt „Sicheres Flüchtlingsheim“, um Präventionsarbeit zu leisten und Asylbewerbern das richtige Verhalten im Brandfall zu erklären. Die dafür entworfene mehrsprachige Brandschutzfibel bringt Erwachsenen und Kindern verschiedener Nationen das richtige Verhalten im Brandfall näher.



Am **29. März 2016** traf sich Jana Schimke mit dem Vorstand der **Frauen Union Brandenburg (FU)** im **Potsdamer Landtag**. Seit Juni 2015 wird die FU von Kristy Augustin, Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion für Familie, Frauen, Jugend und Menschen mit Behinderung, geleitet. Themen des Abends waren die Novellierung des Sexualstrafgesetzes und das Mentoring-Programm, das sich für die Förderung weiblicher Nachwuchstalente innerhalb der CDU einsetzt.

Bei einem gemeinsamen Frühstück diskutierte Jana Schimke am **19. April 2016** in Königs Wusterhausen mit den Vorstandsmitgliedern der **Kreissportjugend Dahme-Spreewald**. Die Bundestagsabgeordnete informierte sich über die Jugendarbeit des Vereins und erörterte mit den Teilnehmern Möglichkeiten der Unterstützung bei der Sportförderung.



Unter der Leitung von Bürgermeister Klaus Rocher fand am **31. März 2016** ein **Austausch zur aktuellen Flüchtlingssituation** im Rangsdorfer Rathaus statt. Mit Staatssekretärin Almuth Hertwig-Tiedt, dem Rangsdorfer Gemeinderatsvorsitzenden Jan Hildebrandt und Holger Lehmann von der Diakonie Teltow-Fläming diskutierte die Bundestagsabgeordnete mit Rangsdorfer Bürgern über das Gelingen von sprachlicher und kultureller Integration von Flüchtlingen und über die Chancen für den Arbeitsmarkt.





Auf Einladung von Lutz Lehmann, Kreistagsabgeordneter und Ortsvorsteher von Sperenberg, besuchte Jana Schimke am **19. April 2016** den monatlichen **Seniorenachmittag** in der Gaststätte „Am Bahnhof“ in **Sperenberg**. Bei Kaffee und Kuchen wurde über die aktuelle Rentenpolitik und über kommunal- und bundespolitische Themen angeregt diskutiert.

Anlässlich der geplanten Kreisgebietsreform der rot-roten Landesregierung stellt die **CDU-Fraktion** im Landtag Brandenburg derzeit ihr **Kommunalkonzept „14+4=Brandenburg“** vor. Gemeinsam mit Fraktionschef Ingo Senftleben, Björn Lakenmacher MdL, Sven Petke MdL und Michael Kuttner diskutierte Jana Schimke das Konzept am **21. April** in Groß Köris und am **25. April 2016** in Ludwigsfelde.



Auf Einladung des Wirtschaftsrates ging es am **22. April 2016** zum **Wirtschaftsfrühstück** nach Cottbus. In ihrem „Bericht aus Berlin“ sprach Jana Schimke unter anderem zur Zeitarbeit, Rentenpolitik und zu Werkverträgen. Im anschließenden Gespräch plädieren die rund 30 anwesenden Firmen aus der Region für eine praxisorientierte, bürokratiearme Gesetzgebung.





Mit den **Handwerksjunioren e.V.** traf sich Jana Schimke am **14. April 2016** in Berlin. Im Expertengespräch tauschte sich die Bundestagsabgeordnete mit den jungen Handwerksmeistern und Führungskräften über die **betriebliche Altersvorsorge** und die **Nachwuchsprobleme des Handwerks** aus.

Hoch hinaus ging es für Ingo Senftleben, CDU-Landesvorsitzender, Maja Buße, Bürgermeisterkandidatin der Stadt Mittenwalde und Jana Schimke am **28. April 2016** bei der **GAAC Commerz GmbH** in Mittenwalde. Geschäftsführer Peter Vogel präsentierte sein Unternehmen zunächst in 100m Höhe, bevor es zum Austausch über die Beschäftigung von Flüchtlingen ging. Das von Peter Vogel und Stefan Heinecke geführte Unternehmen gilt seit 1990 als zukunftsstarker Arbeitgeber in der Region.



Foto: GAAC Commerz GmbH



Die Bundestagsabgeordnete informierte sich am **14. Februar 2016** in der **Volkshochschule Dahme-Spreewald** über aktuelle Herausforderungen. Mit Volkshochschulleiter Serge Lacombe und Fachbereichsleiter Maik Neudorf sprach sie unter anderem über die Ausgestaltung der Sprachkurse für Asylberechtigte sowie des Lehrmaterials.

„Es wird keine Mauern und Zäune geben“

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke über die Flüchtlingskrise, die Stimmung in der Union und ihre Mutterschaft

Rangfolge: Als Jana Schimke im Herbst 2015 als Bundestagsabgeordnete für die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald in den Bundestag gewählt wurde, war sie CDU-Abgeordnete im ersten Wahlgang. Am 16. März 2016 wurde sie im zweiten Wahlgang als Abgeordnete für die Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald in den Bundestag gewählt.



Jana Schimke vor ansonsten Lege... in der CDU-Ausschusssitzung für den Land und für die Partei

Was ist die Stimmung in der CDU? Die Stimmung in der CDU ist sehr gut. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist. Die CDU ist eine Partei, die für die Zukunft da ist.

Wie sieht es mit der Flüchtlingskrise aus? Die Flüchtlingskrise ist ein großes Problem. Wir müssen uns mit der Flüchtlingskrise auseinandersetzen. Wir müssen die Flüchtlingskrise lösen.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Was ist die Rolle der CDU? Die Rolle der CDU ist es, die Interessen der Bürger zu vertreten. Die CDU ist eine Partei, die für die Bürger da ist.

Umgehung Lübben: Weiter warten auf den Kabinettsbeschluss

Pro und Contra unverändert / Alternativen aufgezeigt

Trotz der harschen Kritik des Bundes der Steuerzahler an den Plänen für die Lübbener Umgehungsstraße wird sie voraussichtlich im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrsweegeplans bleiben. Dessen Beschluss verzögert sich weiter. Unterdessen konkretisiert ein Lübbener die Alternative: den Ausbau der Ortsdurchfahrt.

Die Bürgerinitiative Treppendorf sowie der NABU sehen die Pläne indes unverändert kritisch. Beide sind nicht nur gegen den geplanten Trassenverlauf, sondern sehen im Ausbau der Lübbener Ortsdurchfahrt auch eine echte Alternative.

Lübben. Praktisch in der Luft zerfallen hat der Bund der Steuerzahler die mindestens 50 Millionen schwere Planung für die Lübbener Umgehungsstraße. Sie sei eine Fehlinvestition und entlaste die Innenstadt kaum, hieß es im Oktober vergangenen Jahres. Auch 2016 reagierte nun Bundestagsabgeordnete Jana Schimke (CDU) in einem Schreiben an die Stadtverwaltung.

Mit der setzt sich seit vergangene Jahr intensiver der Lübbener Ingenieur Erwin Lieke auseinander. Er hat eine zehnjährige Studie zusammengestellt. Im Kern will er den Verkehr durch die Spreewaldstadt mittels einer Reihe von Kreiseln flüssiger machen.

Auch Jürgen Lüth sagt als Sprecher der Imitative „Pro Umgehung“: „Nach meinem Kenntnisstand wird die Ortsumfahrung Lübben im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrsweegeplans bleiben.“

Weniger als 1000 Einwohner hat die kleine Gemeinde Lübben. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen. Die Umgehungsstraße würde die Ortsdurchfahrt ersetzen.

MAZ stellt sieben Großprojekte in Aussicht

In Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming sollen mehrere Ortsumfahrungen gebaut und die A13 verbreitert werden – allerdings nicht so bald

Von Oliver Fischer

Dahme-Fläming. Der Bund wird in die Infrastruktur der Dahme-Fläming-Region Millionen investieren, das geht aus dem Entwurf des Bundesverkehrsweegeplans hervor, der in dieser Woche vorgestellt wurde. Darin sind sieben große Straßenbauvorhaben für die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming sind in dem Entwurf enthalten. Darunter fallen neben dem bereits im Bau befindlichen Ortsumfahrung Thyrow (B101) auch noch die Ortsumfahrungen Groß Machnow (B96), Lübben und Dahlen (beide B97), Kloster Zinna und Weiskendorf (beide B101) sowie der sechsspurige Ausbau der A13 zwischen dem Kreuz Schönefeld und dem Dreieck Spreewald. Allerdings kann es nach dem Entwurf nicht sein, dass die Bürger auf einige dieser Vorhaben noch bis zu 15 Jahren warten müssen.



Baustart des letzten Teilschnitts des vierspurigen Ausbaus der B 101 bei Thyrow am 28. Mai 2015.

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Loge (SPD), äußert sich erfreut darüber, dass die meisten der für den Landkreis angeordneten Straßen berücksichtigt wurden. Bedauerlich sei es aber, dass die Region im Verkehrsweegeplan für die Schienen- und Wasserwege kaum berücksichtigt wurde. Das heißt auch, dass das zweite Bahngleis in Königs Wusterhausen nicht kommt. „Das ist ein riesiges Hemmnis für die Entwicklung der Region und der Wirtschaft“, so Loge. Ebenfalls betrüblich sei, dass die Schleusen in Kleinmachnow und Fürstenwalde nicht aufgenommen wurden. Weil die Wasserstraßen im Süden

Chancen, bis zum Jahr 2030 realisiert zu werden. Alle Projekte wurden in drei Kategorien eingeteilt: „Vordringlicher Bedarf“, „Engpassbeseitigung“, „Vordringlicher Bedarf“. Je höher die Priorisierung, um so eher stellt der Bund Geld für das Projekt zur Verfügung. Voraussetzung ist jeweils, dass die Bundesländer die fertig geplanten Vorhaben vorweisen können. Ab dem 21. März kann zu dem Planentwurf des Bundes Stellung genommen werden. Der Bundestagsabgeordnete Jana Schimke lobte die Entscheidung des Verkehrsministeriums, die Ortsumfahrung Lübben in den Plan aufzunehmen. Nun sei aber das Land Brandenburg aufgerufen, die Planungen weiter voranzutreiben. „Um keine weiteren Straßenprojekte zu verschenken, muss das Land die Kapazitäten für die Planungen erhöhen“, sagt Jana Schimke.

Bei der IHK Cottbus teilt man die Sorgen Loges. Jens Krause, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Kammer, sieht insbesondere beim Thema Schienenwege Gesprächsbedarf mit dem Bund. Die für Teltow-Fläming zuständige IHK Potsdam begrüßt, dass der Ausbau der B96 einschließlich der Ortsumfahrung Groß Machnow als vordringlich eingestuft wurde. „Dafür haben wir gemeinsam mit unseren Unternehmen lange gekämpft“, sagt Hauptgeschäftsführer Mario Tobias. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke lobte die Entscheidung des Verkehrsministeriums, die Ortsumfahrung Lübben in den Plan aufzunehmen. Nun sei aber das Land Brandenburg aufgerufen, die Planungen weiter voranzutreiben. „Um keine weiteren Straßenprojekte zu verschenken, muss das Land die Kapazitäten für die Planungen erhöhen“, sagt Jana Schimke.

Schimke fühlt sich gegängelt

CDU-Bundestagsabgeordnete wollte Wünsdorfer Erstaufnahme besuchen – abgelehnt

Von Oliver Fischer

Wünsdorf. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke ist dieser Tage nicht gut auf das Brandenburgische Innenministerium zu sprechen. Der Grund: Das Ministerium habe ihr den Besuch der neuen Erstaufnahme in Wünsdorf verwehrt. Beim Ministerium wiederum sieht man das allerdings etwas anders.

Der Auslöser des Ärgers: Jana Schimke hatte den DRK-Kreisverband Fläming-Spreewald um einen kurzfristigen Termin in der neuen Wünsdorfer Einrichtung gebeten. Sie wollte sich ein Bild von dem Heim machen und mit Langzeitarbeitslosen reden, die in der Einrichtung angestellt sind. Der DRK-Kreisverband hatte als Betreiber nichts dagegen, informierte aber auch die zentrale Ausländerbehörde des Landes. Dort beschied man das Ansinnen allerdings negativ. Eine Begleitung sei nur im Beisein des Leiters der Ausländerbehörde, Frank Nürnberger, möglich – und der habe zum angefragten Termin leider keine Zeit.

Für die Bundestagsabgeordnete ein ungeheuerlicher Vorgang. Jana Schimke hat inzwischen einen Beschwer-



Jana Schimke: „Schwerwiegende Behinderung der Ausübung meines Mandats.“ FOTO: DPA

debrief an Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) geschrieben. Darin bezeichnet sie die Vorgaben der Behörde als „schwerwiegende Behinderung der Ausübung meines Mandats“. Auch sei ihr nicht bekannt, dass einer ihrer Bundestagskollegen bei einer Landesregierung um Erlaubnis bitten müsse, eine vergleichbare Einrichtung besuchen zu dürfen. „Vielmehr muss ich annehmen, dass die Landesregierung einen objektiven Einblick in die Gegebenheiten

vor Ort verhindern möchte“, so Schimke. Das weist das Innenministerium zurück. Ein Besuch der Abgeordneten sei kein Problem. Es sei aber übliche Praxis und ein Gebot der Höflichkeit, dass der Behördenleiter bei einem solchen Termin dabei ist, sagt Ministeriumssprecher Wolfgang Brandt. Auch inhaltlich sei das sinnvoll, weil der Leiter Auskunft über die aktuelle Situation geben könne. Der Besuch habe aber bereits am nächsten Tag stattfindenden sol-

len. „So kurzfristig war das nicht zu machen, da muss man dann auch Verständnis haben“, so Brandt. Man habe Jana Schimke um einen neuen Terminvorschlag gebeten. Der liege bislang nicht vor. Die Wünsdorfer Außenstelle der Erstaufnahme ist seit Ende Januar in Betrieb. In den nächsten Monaten sollen dort etwa 1000 Flüchtlinge vorübergehend untergebracht werden. Bis Ende kommenden Jahres wird die Kapazität auf 1700 Flüchtlinge hochgefahren.

Integration im Fokus

Diskussion über Flüchtlingspolitik in Rangsdorf

Von Gudrun Ott

Rangsdorf. Um Integration ging es am Donnerstagabend bei einer Veranstaltung der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK) im Rangsdorfer Rathaus. Dort diskutierten unter anderem die Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt (Linke) aus dem Brandenburger Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsministerium, die Bundestagsabgeordnete Jana Schimke (CDU), Jan Hildebrandt vom Rangsdorfer Verein „Grenzenlos“, Holger Lehmann vom Diakonischen Werk Teltow Fläming. Moderiert wurde die Veranstaltung durch Rangsdorfer Bürgermeister und stellvertretenden Landesvorsitzenden der VLK, Klaus Rocher.

Er wies darauf hin, dass seit längerem 150 Menschen aus dem asiatischen Raum ganz selbstverständlich in Rangsdorf lebten, aber dass im Ort gemauert wurde, als es darum ging 70 Flüchtlinge aufzunehmen. Die seien inzwischen aber akzeptiert, auch dank der Initiative des Vereins „Grenzenlos“. Staatssekretärin Hartwig-Tiedt sprach die geplante Gesundheitskarte für Flüchtlinge an. Damit übernimmt das Land auch die Gesundheitskosten und entlastet die

Kommunen. Allerdings gilt die Karte nur in Brandenburg.

„Gut die Hälfte aller Facharztbesuche sind in Berlin“, sagte Jan Hildebrandt. Eine Fahrt nach Potsdam sei für die Flüchtlinge zu kompliziert. Holger Lehmann sieht weitere Probleme: „Ärzte nehmen Flüchtlinge in der Regel nicht an, wenn kein Dolmetscher vorhanden ist.“ In Ludwigsfelde seien auch Arzttermine geplätzt, weil der Ehemann der Erkrankten nicht gestattet, dass seine Frau mit einem männlichen Dolmetscher in Kontakt kommt. Lehmann sieht auch ein Problem bei Flüchtlingen aus dem Iran oder Afghanistan ohne Bleibeperspektive. „Sie sind zum Nichtstun verurteilt.“

Jana Schimke kontierte: „Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht und das hängt auch nicht von der Motivation Einzelner ab.“ Für Menschen aus Kenia etwa gebe es keine Chance auf Rückführung. Die Länder nähmen ihre Bürger nicht zurück, da diese Geld aus Europa nach Hause schickten.

Hartwig-Tiedt mahnte an, dass der Bund für Deutschkurse und Ausbildung mehr Geld bereit stellen müsse. Laut Jana Schimke ist aber auch der Bund an der Belastungsgrenze.



Staatssekretärin Almuth Hartwig-Tiedt (Linke), Bürgermeister Klaus Rocher (FDP) und die Bundestagsabgeordnete Jana Schimke (CDU). FOTO: OTT

MAZ | Zossener Rundschau | 2./3. April 2016 | Seite 22

MAZ | Dahmeland-Fläming | 19. Februar 2016 | Seite 21

Neue Räumlichkeiten

Jana Schimke besucht die neue Feuerwache

Dahme. Amtsdirektor Frank Pätzig und Ortswehrführer Karsten Schmidt zeigten am 4. Februar der Bundestagsabgeordneten Jana Schimke die frisch bezogenen Räumlichkeiten der neuen Feuerwache Dahme/Mark.

Im Gespräch informierte sich Jana Schimke über die Arbeitsabläufe in der neuen Wache und die Jugendarbeit der Feuerwehr. „Mit dem neuen und modernen Feuerwehrhaus schafft Dahme gute Voraussetzungen für die Aufgabenbewältigung der Kameraden.“

Besonders freut es mich, dass für die Jugendfeuerwehr eigene Umkleiden und Schulungsräume geschaffen wurden. Hiermit wird die Nachwuchsgewinnung weiter gut gelingen“, so die Bundestagsabgeordnete. Innerhalb eines Jahres wurde das neue Feuerwehrhaus in der Lucken-



Karsten Schmidt und Jana Schimke im neuen Schulungsraum. FOTO: Jana Schimke

walder Straße fertiggestellt. Im Herbst 2015 wurde der Neubau bezogen.

Das für 1,6 Millionen Euro errichtete Gebäude stemmte die Kommune allein und bietet genug Platz für die Einsatzwagen, Umkleiden und Schulungsräume. Zudem ist die Revierpolizei unterge-

bracht. Um den Kindern und Jugendlichen den Brandschutz näher zu bringen, bietet die Grundschule Dahme in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr eine Arbeitsgemeinschaft „Feuerwehr“ an. Diese werden zukünftig in den neuen Feuerwehrhaus stattfinden. red

BlickPunkt | Jüterbog/Luckenwalde | 13. Februar 2016 | Seite 3

Schnupperstunde zur Parlamentsarbeit

Wanderausstellung des Deutschen Bundestages macht bis Freitag Station in der Luckenwalder Jahn-Oberschule

Luckenwalde. In der Luckenwalder Jahn-Oberschule kann man derzeit eine Wanderausstellung des Deutschen Bundestages besuchen. Schüler haben noch bis Freitag die Möglichkeit, sich über Arbeit, Aufbau und Funktion des Parlamentes zu informieren und Fachleute zu befragen.

Zur Eröffnung sprach Schulleiterin Ines Schwerdt über den hohen Stellenwert der Politikvermittlung an ihrer Schule. „Es geht nicht nur um Fakten und Zahlen, sondern um Kompetenzen“, sagte sie. „Die Schüler sollen die Theorie aus dem Unterricht praktisch anwenden können.“ Deshalb fahren die Schüler der 10. Klasse auch je-

des Jahr nach Berlin, um den Bundestag persönlich zu besuchen.

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Jana Schimke, die die Exposition nach Luckenwalde holte, ist stolz darauf, dass die Ausstellung bereits zum zweiten Mal in ihrem Wahlkreis zu sehen ist. „Diese Schule ist mir gleich in den Sinn gekommen, denn die Schüler hier gehören zu den politikinteressierten, die ich kenne“, so Schimke. Als Anerkennung übergab sie der Schulleiterin ein Buch mit Innenansichten aus dem Bundestag.

Jürgen Dückers, einer der Betreuer der Ausstellung, erläuterte deren Aufbau. Die Ausstellung habe drei „Standbeine“: 21 farblich

geordnete Schautafeln, zwei Computerterminals, mit denen man auf verschiedene Bundestagsseiten zugreifen kann, und Broschüren zum Mitnehmen. „Am häufigsten fragen mich Schüler, warum der Plenarsaal immer so leer ist,“ berichtete Dückers. „Dabei findet die meiste Arbeit ja in den Ausschüssen statt. Deshalb ist diese Ausstellung auch so wichtig, denn solches Wissen ist hilfreich in allen möglichen Situationen.“

Zehn Klassen der Jahn-Oberschule haben bereits Termine für eine Führung, die Ausstellung steht nach Anmeldung aber auch anderen Schulen offen. rk

● Anmeldung: ☎ 0 33 71/64 20 39



Jana Schimke (l.) und Ines Schwerdt in der Ausstellung. FOTO: ROBIN KNIES



Auf Diskussions tour: Sven Petke, CDU-Landeschef Ingo Senfleben, Bundestagsabgeordnete Jana Schimke und Danny Eichelbaum. FOTO: J. SACK

Alternativen zur Kreisreform: CDU diskutiert in Ludwigsfelde

Christdemokraten stellen ihr Konzept im Technikmuseum vor

Von Josefine Sack

Ludwigsfelde. Gut eine Stunde hat Amtswahlleiter Karsten Schmidt mit dem Auto von seiner Heimatstadt Dahme aus gebracht, um rechtzeitig im Technikmuseum in Ludwigsfelde anzukommen. Dort fand am Montagabend eine Podiumsdiskussion der CDU zur geplanten Kreisgebietsreform statt.

Seit Anfang März touren die Christdemokraten durch die Landkreise und kreisfreien Städte, um gegen die umstrittenen Pläne der rot-roten Landesregierung mobil zu machen. Geht es nach Innenminister Karl-Heinz Schröder (SPD), soll die Zahl der Kreise bis 2019 durch Fusionen halbiert werden. Karsten Schmidt sieht die geplante Reform mit großer Sorge. Er ist Feuerwehrchef und Stadtverordneter im Amt Dahme. Obwohl er selbst keiner Partei angehört, hat er die knapp 70 Kilometer auf sich genommen, um sich anzuhören,

welche Alternativen CDU-Fraktionschef Ingo Senfleben, der Vorsitzende der CDU im Kreistag Tetlow-Fläming, Danny Eichelbaum, Bundestagsabgeordnete Jana Schimke und Sven Petke, der kommunalpolitische Sprecher der CDU im Landtag, zum Kurs von SPD und Linke zu bieten haben.

„Unsere Ehrenamtler sind von der Kreisgebietsreform am meisten betroffen“, prognostiziert Schmidt. Gerade in den Freiwilligen Feuerwehren engagieren sich fast ausschließlich ehrenamtliche Kameraden. Schon jetzt müssen sie für gemeinsame Einsätze oder kreisweite Dienstbesprechungen weite Strecken fahren. Sollten die 14 Landkreise künftig, wie geplant, zu acht Großkreisen zusammengelegt werden, sei das für viele Berufstätige nicht mehr zu schaffen.

●●● **Unsere Ehrenamtler sind von der Reform am meisten betroffen.**

Karsten Schmidt, Feuerwehrführer Amt Dahme

Der Amtswahlleiter sieht nicht nur das Ehrenamt, sondern auch das Amtsmodell in Gefahr. „Kommunalpolitisch haben wir schon jetzt nicht mehr viel zu entscheiden“, kritisierte Schmidt. Als Beispiel nannte er die Windkraft. Das Landesumweltamt erteilt die Baugenehmigungen und wir müssen es unseren Leuten vor Ort erklären.“ Mit Bürgernähe habe das wenig zu tun.

„Man muss die Struktur dem Land anpassen, nicht umgekehrt“, pflichtete CDU-Fraktionschef Senfleben dem Feuerwehrmann aus Dahme bei. Das Amtsmodell habe Zukunft. Die gegenwärtigen Verwaltungsstrukturen hält der Parteivorsitzende der Landes-CDU für bürgernah, ehrenamtlich und effizient. Dass die brandenburgische Verwaltung funktioniere, habe nicht zuletzt die Bewältigung des Flüchtlingszu-

stroms gezeigt. In ihrem aktuellen Strategiepapier, das die Christdemokraten in Ludwigsfelde vorstellten, heißt es: „Wir wollen Bewährtes erhalten, Schwächen abbauen und Potenziale nutzen.“ Senfleben bezeichnete die Kreisreform als massiven Einschnitt in die kommunale Selbstverwaltung. Anstelle einer „Zwangseinkreisung“ schlägt die CDU Fusionen auf freiwilliger Basis vor. Um Verwaltungskosten zu sparen, könnten bestimmte Aufgaben künftig gebündelt werden. Die kommunalen Grundstrukturen sollen erhalten bleiben.

„Alles schön und gut“, meint Wehlführer Schmidt, „aber was können wir tun, um die Reform zu stoppen?“ Als letztes Mittel werde man prüfen, ob die Reform vor dem Verfassungsgericht Bestand hat, so Senfleben. Das Gesetzgebungsverfahren zur Kreisreform beginnt im Juli. Bis dahin will die Partei „alle parlamentarischen Möglichkeiten“ ausschöpfen.

MAZ | Zossen Rundschau | 27. April 2016 | Seite 20

Fördermittel für kleine Bahnhöfe in Aussicht

Baruth. Mit 50 Millionen Euro fördert der Bund den barrierefreien Ausbau kleiner Bahnstationen. Bundestagsabgeordnete Jana Schimke (CDU) macht sich seit längerem für den Ausbau der Bahnhöfe Baruth und Thyrow stark. Auf Anfrage beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat sie jetzt erfahren, dass der DB Station & Service AG als Eigentümerin und Bauherrin der Maßnahmen die Ländervorschläge zur Prüfung vorliegen. Nach Abschluss des Prüfverfahrens obliegt es dem Land, über die Fördermaßnahmen abzustimmen und eine Finanzierungsvereinbarung zu treffen. „Damit liegt der Ball jetzt beim Land Brandenburg, über Baruth und Thyrow zu entscheiden. Ich habe gegenüber der Landesregierung bereits mehrfach die Bedeutung der beiden Verkehrshalte deutlich gemacht. Meine Anfragen an die zuständige Ministerin Kathrin Schneider blieben bisher unbeantwortet“, so Jana Schimke. *stp*

MAZ | Dahmeland-Fläming | 15. März 2016 | Seite 21

Schimke: „Land ist jetzt am Ball“

Barrierefrei: Bahnhöfe Baruth und Thyrow

● **Thyrow.** Mit 50 Millionen Euro fördert der Bund den barrierefreien Ausbau kleiner Bahnstationen. Die Bundestagsabgeordnete Jana Schimke macht sich seit längerem für den Ausbau der Bahnhöfe Baruth und Thyrow stark.

Auf Anfrage beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur hat die Bundestagsabgeordnete jetzt in Erfahrung bringen können, dass der DB Station&Service AG als Eigentümerin und Bauherrin der Maßnahmen die übermittelten Ländervorschläge zur Prüfung vorliegen.

Nach Abschluss des Prüfverfahrens obliegt es dem Land Brandenburg, über die Fördermaßnahmen abzu-

Bundestagsabgeordnete Jana Schimke.

Foto: K. Wolf



stimmen und eine Finanzierungsvereinbarung zu treffen. „Damit liegt der Ball jetzt beim Land Brandenburg, über Baruth und

Thyrow zu entscheiden. Ich habe gegenüber der Landesregierung bereits mehrfach die Bedeutung der beiden Verkehrshalte deutlich gemacht. Meine Anfragen an die zuständige Ministerin Kathrin Schneider blieben bisher unbeantwortet, obwohl eine Zusammenarbeit von Bund und Land durchaus wünschenswert ist“, so Jana Schimke.

Von Bundesseite werden jetzt die Verhandlungsergebnisse abgewartet, bis eine Aussage über die Fördermöglichkeit einzelner Verkehrsstationen getroffen werden kann. Das Verfahren soll dem Vernehmen nach so schnell wie möglich zum Abschluss gebracht werden. *red*

BlickPunkt | Jüterbog/Luckenwalde | 9. April 2016 | Seite 3

IMPRESSUM

Jana Schimke
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

www.jana-schimke.de
Besuchen Sie mich auf Facebook!